

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dyl, Kupferberg, Radvormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 176

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgeblühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver
Donnerstag, den 30. Juli

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Bandmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Altsternrat des Reichstages hat beschlossen, in der Tagung des Reichstages vorläufig keine Pause einzutreten zu lassen und das Zollgesetz noch vor den Reichstagsferien zu verabschieden.

* In Verbindung mit den Barmat-Antizist-Affären haben Hausdurchsuchungen bei hohen Justizbeamten stattgefunden.

* Ein Zeppelin-Gedenktag wird am 20. August in Friedrichshagen stattfinden, wobei ein Aufruf zur Zeppelinspende erfolgen wird.

Die Steuergesetze.

Schon 180 Gesetze hat der Reichstag, der Anfang Januar zusammentrat, bisher bewilligt; daß es nicht alles Qualitätsware ist, was aus dem Ballotbau herauskam, daß häufig die Qualität von der Quantität toteschlagen wurde, mag hingehen. Dabei sind es vielfach Gesetze von tief einschneidender Bedeutung, die erledigt werden mußten, wurden Entscheidungen schwerwiegender Art getroffen.

Zwei Gesetzeskomplexe hatten noch der Fertigstellung und auf sie trifft wieder die Bezeichnung schwerwiegend und einschneidend nicht minder zu. Neben den Zolltarifvorlagen besonders die Steuergesetze.

Nicht weniger als neun Gesetze sind es, die nach ihrer Durchberatung im Reichswirtschaftsrat und im Reichsrat dem Reichstag am 23. April vorgelegt wurden. Da ist zunächst das „Steuerüberleitungsgesetz“ oder, wie es wörtlich heißt: „das Gesetz zur Überleitung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer in das regelmäßige Veranlagungsverfahren“. Es ist also eine Art Zwischengesetz, das die endgültige Besteuerung für das Jahr 1924 und die für 1925, die letzte aber nur vorläufig, regelt. Für 1924 soll es grundsätzlich bei den Vorauszahlungen, wie sie nun einmal geschuldet sind, verbleiben; eine vereinfachte Veranlagung für 1924 ist festgelegt. Eine tief einschneidende Reform bringt nun das neue Einkommensteuergesetz; die vielen Klagen über das wirtschaftlich überaus schädigende, weil allzuschwere Anziehen gerade dieser Steuerlast hat zur Herabsetzung der höchsten Sätze geführt, so daß diese Steuer jetzt nicht mehr über einen Höchstfuß von 33 1/2 % des Einkommens hinausgeht. Ergänzt wird dieses, also das Einkommen der „natürlichen“ Personen treffende Gesetz durch das Körperschaftsteuergesetz, das das Einkommen der Erwerbsgesellschaften, bürgerlichen Rechts, alle übrigen Körperschaften und Vermögensmassen und die öffentlich-rechtlichen Betriebe anpaßt, soweit diese nicht lebenswichtigen, gemeinnützigen oder militärischen Zwecken dienen. Der Steuersatz ist grundsätzlich 20 %.

Das neue Reichsbewertungsgesetz hat die Aufgabe, für die Vermögenssteuer des Reiches unter Mitwirkung der Länder und Gemeinden und für diese bindend „Einheitswerte“ des landwirtschaftlichen, Betriebs-, Grund- und sonstigen Vermögens festzustellen. Der Einheitswert dient dann auch als Grundlage für die entsprechenden Länder- und Gemeindesteuern. Darauf baut sich dann die neue Vermögen- und Erbschaftsteuer auf, der alle natürlichen und juristischen Personen, aber auch nichtrechtsfähige Vereine unterworfen sind. Steuergrenze nach unten ist 5000 Mark, Steuersatz ist für die ersten 25 000 Mark 3 v. Tausend, bis 50 000 Mark 4 v. Tausend, über 50 000 Mark 5 v. Tausend des Vermögens. Das Erbschaftsteuergesetz enthält eine Reihe von Abänderungen des bisherigen Gesetzes mit einem neuen Tarif, der bis zu einem Spitzenfuß von 60 % der Erbschaft geht. Änderungen der bisherigen Gesetze enthält auch das neue Verkehrssteuergesetz bei Kapitalumsatz, also die Besteuerung von Umsätzen in Aktien, Schuldverschreibungen, Pfandbriefen, Devisen und Waren; gleichzeitig wurden gewisse Bestimmungen des Grunderwerbssteuergesetzes abgeändert, schließlich auch solche des Wechselsteuergesetzes, und zwar werden die Steuersätze herabgesetzt.

Steuererhöhungen bringt bekanntlich das neue Bier- und Tabaksteuergesetz, das das Hektoliter Bier von 10 Mark an aufsteigend nach der Menge der Produktion belastet, auf die Zigarren im Werte von 2 Pfennig beginnend eine Steuer von 5 Mark auf das Tausend, die gleiche Steuer auf die 1-Pfennig-Zigarette legt. Auf dem Feinschnitttabak liegen 50 % des Wertes an Steuer, auf dem Pfeifentabak 25 %.

Besonders umstritten waren und sind die beiden letzten Gesetze, nämlich das über die gegenseitigen Besteuerungsrechte des Reiches, der Länder und Gemeinden und das über Änderungen des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Das erstere regelt nur die Besteuerung des Reichs, seiner Betriebe und Monopolverwaltungen durch die Länder und Gemeinden, während das Finanzausgleichsgesetz den Ländern und Gemeinden wieder die selbständige Erhebung von Anteilen an der Einkommen- und der Körperschaftsteuer zuspricht. Die Höhe dieser Anteile ist festig umstritten worden, weil das Reich 25 % erheben will, der Reichsrat nur 10 % des Solls zugibt. Die Gesamtsteuererhebung bleibt Sache des Reiches. Ebenso verlangen die Länder vom Aufkommen der Umsatzsteuer 30 %, während die Regierung diese Summe nur bis zum 1. April 1926, für die Folgezeit nur 20 % bewilligen will.

Für die Durchbringung der Gesetze besteht eine Mehrheit im Reichstag, da die Regierungsparteien sich über die meisten Punkte geeinigt haben. Nicht über alle. Die Regierung selbst hat schon erklärt, daß sie aus Beschlüssen des Reichstages, die von ihrem Standpunkt wesentlich abweichen, die parlamentarischen Folgerungen ziehen wolle. So wird auch hier wieder ein Kompromiß die unbefriedigende Lösung bringen müssen.

Zollverabschiedung vor den Ferien

Beschlüsse des Altsternrats.

n. Berlin, 28. Juli.

Die aus parlamentarischen Kreisen stammenden Gerüchte, daß der Reichstag schon am 1. August in die Ferien gehen und die Beratung der Zollvorlage erst im September vornehmen würde, haben sich nicht bewahrheitet. In Regierungskreisen wird darauf hingewiesen, daß eine Verschiebung der Beratung der Zollvorlage für die Regierung untragbar wäre und daß eine baldige Verabschiedung der Zollvorlage für die verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen unbedingt notwendig sei. In diesem Sinne hat sich auch

Reichsfinanzminister Dr. Luther zu den Parteiführern

geäußert, die er heute zu sich gebeten hatte, um mit ihnen die Lage zu besprechen und ihnen noch einmal auseinanderzusetzen, mit welchem Ernst die Regierung die Lage betrachtet. Die Parteiführer stimmten diesen Ausführungen durchaus zu. Eine hinauschiebung der Zollvorlage wäre schon mit Rücksicht auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen und die bereits abgeschlossenen Handelsverträge, die auf dem neuen Zolltarif basieren, völlig unmöglich und würde einen enormen Schaden für die gesamte deutsche Wirtschaft bedeuten. Keine der hinter der Regierung stehenden Parteien würde deshalb eine Verschiebung der Zollvorlage vor ihren Wählern rechtfertigen können. Auch darüber war man sich einig, daß nach den gegebenen Mehrheitsverhältnissen auch jeder etwaige Obstruktionsversuch seitens der Linken niedergelämpft werden kann.

Im Altsternrat des Reichstages, der heute ebenfalls zur Besprechung der parlamentarischen Lage zusammengetreten war, kam eine Einigung dahin zustande, daß die Zollvorlage noch in diesem Tagungsabschnitt im Anschluß an die Steuervorlagen erledigt werden soll. Zu diesem Zweck sollen die Plenarsitzungen länger ausgedehnt und die Redezeit verkürzt werden. Bis zu welchem Zeitpunkt dann der gesamte Beratungskreis erledigt werden kann, steht noch nicht fest.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Saarabkommen im Handelspolitischen Ausschuss.

Zur Besprechung des Zollabkommens für das Saargebiet, zu dessen Ratifizierung die beiden französischen Kammern bereits die Ermächtigung erteilt haben, fand eine gemeinsame Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstages und einer Abordnung des Saargebietes statt. Trotz schwerster Bedenken des Handelspolitischen Ausschusses wurde eine Einigung dahin erzielt, daß das Saarabkommen einstimmig gebilligt wurde. Einstimmigkeit herrschte auch darüber, daß bei Abschluß eines endgültigen Abkommens volle Gegenseitigkeit gewahrt werden müsse, und daß das gegenwärtige Abkommen nur deshalb tragbar sei, weil es nur auf vier Monate als Übergangsregelung gedacht ist.

Die Lohnforderungen der Eisenbahner.

Die Lohnverhandlungen der Eisenbahnergewerkschaften mit Vertretern der Hauptverwaltung der Reichsbahn sollen in etwa vierzehn Tagen beginnen, nachdem sich die Gewerkschaften über ihre Forderungen schlüssig geworden sind und diese der Hauptverwaltung vorgelegt haben werden. Die Eisenbahnergewerkschaften glauben, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn bei den Lohnverhandlungen ortslichen Zuschlägen nicht abgeneigt sein würde, während sie ihrerseits allgemeine Lohnforderungen fordern müßten, über deren Höhe positive Vorschläge aber erst nach Beendigung der Zoll- und Steuerdebatte im Reichstag im Zusammenhang mit der Auswirkung der neuen Mieterhöhung gemacht werden könnten.

Rußland.

× Das neue russische Wahlrecht. Das Innenministerium hat neue Instruktionen für die Stadt- und Dorfratswahlen sowie für die Wahlen zu den Sowjetkongressen ausgearbeitet, die eine wesentliche Erweiterung des bisherigen Wahlrechtes darstellen. Künftig dürfen auch Händler wählen, wenn sie Handelspatente ersten Grades besitzen, desgleichen Landwirte, die Arbeiter beschäftigen, wenn sämtliche Familienmitglieder schon beschäftigt sind. Personen, die von den Einnahmen aus Aktien und Einlagen oder aus Einnahmen ihres unbeweglichen Eigentums leben, verlieren nur dann das Wahlrecht, wenn sie sonst keine Einkünfte haben. Geistliche Personen dürfen nicht wählen, wenn sie ihre Ausgaben aus Einnahmen für ihre kirchliche Tätigkeit bestreiten. Die Kinder von Familien, die als „bourgeois Element“ ihres Wahlrechtes verlustig gegangen sind, dürfen wählen, wenn sie sich nicht an dem Erwerb ihrer Brotgeber beteiligen.

Italien.

× Der tote König ist anwesend. Aus Anlaß des 25. Jahrestages des Todes des Königs Humbert wird vor dem Siegesdenkmal auf der Piazza Venetia in Rom eine patriotische Kundgebung stattfinden, an der Vertreter der Behörden und der patriotischen Vereine mit Fahnen teilnehmen werden. Die Glocken des Kapitols werden läuten. Sodann wird der Bürgermeister von Rom den Namen des Königs laut auf-

Nach der Sitzung des Altsternrats tagte noch ein Unterausschuß, der sich mit den

Einzelheiten des Arbeitsprogramms

beschäftigt. Es wird vermutet, daß der Reichstag kaum vor dem 14. oder 15. August auseinandergehen wird, falls er wirklich bis dahin beschlußfähig zusammengehalten werden kann.

Im Unterausschuß des Altsternrates forderte keine Partei die Verschiebung der Zollberatungen auf den Herbst. Die Rechtsparteien erklärten, daß alle Vorlagen, die noch ausstünden, vor den Ferien erledigt werden müßten. Die Sozialdemokraten und Kommunisten gaben darauf die Gegenerklärung ab, daß sie im Interesse einer ordnungsmäßigen Erledigung aller Gesetze bereit seien, auch bis zum Oktober durchzusitzeln. Der Unterausschuß setzte lediglich den Arbeitsplan für die Beratung der Steuergesetze im einzelnen fest. Es soll bei den Steuergesetzen die Redezeit bei der Generaldebatte eine Stunde für jeden Redner betragen, bei der Spezialdebatte zwanzig Minuten. Außerdem soll eine Anzahl von Paragraphen jeweils zusammengefaßt werden.

Die Völkischen drohen mit passiver Resistenz.

Der völkische Abgeordnete v. Graefe hat an das deutsche nationale Mitglied der Zolltariffkommission, den Abgeordneten Thomsen, ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt, die Völkischen seien unter Umständen bereit, durch möglichst vollständige Anwesenheit für die Beschlußfähigkeit des Hauses und somit für die ordnungsmäßige Erledigung der Zolltarifvorlage mitzuwirken, wenn sie bei der Regierung und den Regierungsparteien einen klaren Willen feststellen könnten, sie lehnten es aber ab, bloß als politische Staffage zu dienen. Herr v. Graefe erklärt, daß, sofern nicht umgehend ein endgültig festgelegter und tragbarer Arbeitsplan für den Reichstag vorgelegt werden könne, seine Freunde ernsthaft erwägen müßten, ob sie nicht besser sich bis zum Herbst ihren außerparlamentarischen Verpflichtungen widmen. Die Völkischen hätten keine Veranlassung, den katastrophalen Selbstmord des Parlamentarismus ihrerseits aufzuhalten.

rufen. Die Menge wird antworten: „Presente!“ (Hier!)

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Nachricht, daß der Reichspräsident dem Reichstagsabgeordneten Scheidemann zum 60. Geburtstag gratuliert habe, wird von zuständiger Stelle als falsch bezeichnet.

Berlin. An der Verfassungsfeier der Reichsregierung im Reichstag werden der Reichspräsident, die Mitglieder der Reichsregierung und der preussischen Regierung sowie die Vertreter der deutschen Länder teilnehmen.

Berlin. Der Reichswirtschaftsminister richtete an Dr. Ing. Kurt Sorge zu seinem 70. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm.

Berlin. Aber den kleinen Grenzverkehr an der deutsch-litauischen Grenze ist zwischen der deutschen und der litauischen Regierung ein Abkommen getroffen worden.

Stuttgart. Staatspräsident Baille stiftete dem Bischof Dr. von Kessler in Rottenburg einen Besuch ab, um ihm die Glückwünsche der württembergischen Staatsregierung zu seinem 50jährigen Priester- und 25jährigen Bischofsjubiläum zu überbringen.

Brag. Dießige Blätter berichten, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei wegen Aufhebung der Passvisa günstig fortgeschritten.

Brag. Die ehemaligen Mitglieder des Kabinetts Stamboinski, die Minister Pawlow und Janew, sollen nach hierher gelangten Nachrichten aus Sofia dort in ihrem Kerker verbrannt aufgefunden worden sein.

London. Ein jetzt veröffentlichtes Weißbuch über das neue Marineprogramm sieht bis zum Jahre 1930 Ausgaben von insgesamt 58 Millionen Pfund Sterling vor, spricht aber die Hoffnung aus, daß die Ausgaben etwa 10 % geringer sein werden.

Moskau. Die zurzeit in Rußland weilende deutsche Arbeiterdelegation hat sich in drei Gruppen geteilt, die sich ins Uralgebiet, in die Ukraine und nach dem Kaukasus begeben.

Sofia. In der Hafenstadt Burgas ist eine neue Veranschönerung entdeckt worden; 60 Personen wurden verhaftet. Angara. Der Ministerrat hat beschlossen, den Ländern gegenüber, die mit der Türkei keinen Handelsvertrag haben und ihr nicht die Meistbegünstigung zugesprochen, eine 100 %ige Erhöhung des Zolltarifs bis zum Abschluß eines Handelsvertrages in Anwendung zu bringen.

Die Beratung der Steuergesetze.

(105. Sitzung.)

OB. Berlin, 28. Juli.

Der Reichstag setzte die Einzelberatung der Steuergesetze fort. § 1 des Einkommensteuergesetzes wurde (in der 104. Sitzung, die notwendig wurde, da die 103. Sitzung beschlußunfähig war) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Nach kurzer unerheblicher Aussprache nahm das Haus die §§ 2-5 in der Ausschlußfassung an. Zu den §§ 6-14, die die zur Einkommensteuer herangezogenen Einkünfte bestimmen, beantragte der Abg. Dr. Fischer (Dem.), daß die auf Grund der Personalabbauregung gezahlten Abfindungssummen der Einkommensteuer nicht unterliegen. Der Redner beantragte weiter, daß den im Auslande tätigen Deutschen, die ihren Wohnsitz in Deutschland behalten, die im Auslande gezahlte Steuer auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet wird. Der Antrag wurde abgelehnt und die Paragraphen unverändert angenommen. § 17 behandelt die abzugsfähigen Sonderleistungen.

Abg. Reubner (Komm.) beantragte die Streichung der Bestimmung, daß die Kirchensteuern als abzugsfähige Sonderleistungen gelten. Unter Ablehnung der Änderungs-

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Nachrichten.

Die Beratung der Amnestievorlage.

Berlin, 28. Juli. Im Rechtsausschuß wurde § 1 der Amnestievorlage in der veränderten Fassung angenommen und bei einer Stimmhaltung angenommen. Nachdem ebenfalls § 2 angenommen ist, wonach Verfahren gegen Zuwiderhandlung gegen § 8 des Republikstrafgesetzes eingestellt werden, wenn die Tat nicht nach dem 15. Juli 1925 begangen ist, wurde unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge der § 3 nach der Vorlage in der Gesamtstimmung einstimmig mit einer Stimmhaltung angenommen. Infolge des beim § 2 angenommenen Antrags Rahl erhöht sich auch im § 3 die Höchstdauer der für die Amnestie in Frage kommenden Freiheitsstrafen von einem auf zwei Jahre.

Vertreter des Ruhrbergbaues beim Arbeitsminister.

Berlin, 28. Juli. Heute ist auf Einladung des Reichsarbeitsministers im Arbeitsministerium die Arbeitsgemeinschaft Ruhrbergbau versammelt, um die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse, die sich aus der schweren Krise des Steinkohlenbergbaus insbesondere an der Ruhr ergeben haben und noch ergeben können, eingehend zu besprechen und nach Maßnahmen zur Linderung der Krise und Not zu suchen. Es handelt sich um einen großen Kreis von Fragen, die außerordentlich schwierig gelagert sind.

Der schwedische König als Fluggast.

Berlin, 28. Juli. Der schwedische Generalpostmeister Juhlin begab sich mit dem Postflugzeug von Berlin nach Danzig, um von hier nach Schweden weiterzufahren. Auf Gotland wurde eine Zwischenlandung vorgenommen und der König von Schweden ging an Bord. Das Flugboot landete planmäßig in der schwedischen Hauptstadt. Der benutzte Typ ist der auch bei Amundsen's Nordpolerpedition verwendete Dornier-Typ.

Freigabe des Düsseldorf-Regierungsgebäudes.

Düsseldorf, 28. Juli. Das von den Besatzungstruppen zur Hälfte beschlagnahmte und in Anspruch genommene Düsseldorf-Regierungsgebäude ist nunmehr wieder völlig freigegeben, so daß die seitern zum Teil verlegten Regierungsabteilungen dort wieder untergebracht werden können.

Die Weltkonferenz der christlichen Kirchen.

Berlin, 28. Juli. Die Weltkonferenz der christlichen Kirchen, die vom 19. bis 30. August in Stockholm tagen wird, hatte dem Evangelischen Presseverband für Deutschland e. V. und dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß Auftrag gegeben, führende Vertreter der Berliner Presse zu einem Zusammenkommen mit den Führern der deutschen Delegation einzuladen. Der Vorsitzende des Presseverbandes, Erzelienz Conze, begrüßte die Erschienenen und führte aus, daß es sich darum handele, das Interesse und Verständnis der Presse für die bedeutsame Veranstaltung der Weltkonferenz zu wecken. Sodann gab Oberkonsistorialrat Dr. Scholz in einem Vortrage ein Bild der Entstehung und des Gedankens der Konferenz. Im Unterschied von den übrigen internationalen Vereinigungen auf kirchlichem Gebiet ist die Weltkonferenz eine Sache der organisierten Kirchen und damit eine Art Kirchenkonzil, an dem alle christlichen Kirchen der ganzen Welt, auch die griechisch-orthodoxe und die Freikirchen teilnehmen werden, außer der römisch-katholischen Kirche, die aus prinzipiellen Gründen die Beteiligung abgelehnt hat.

95% Wohnungsmiete in Bayern.

München, 28. Juli. Die Wohnungsmiete wird in Bayern 95% betragen. Die Erhöhung wird mit dem drohenden Finanzausgleich begründet. Bayern will versuchen, sich Einnahmen aus dem Ertrage der Mietzinssteuer zu verschaffen. Damit dürfte Bayern an der Spitze der Länder in Bezug auf Mietshöhe marschieren.

Zusammenstoß zwischen Reichswehr und tschechischen Kommunisten.

Girschberg i. Schle., 27. Juli. Wie der Bote aus dem Riesengebirge meldet, ist es am Sonntag früh auf dem Ramm des Riesengebirges am Fuße der Schneekoppe hart an der Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen einer aus einem Auszug begriffenen Kompanie des Infanterieregiments 6 aus Schwerin und einem größeren Trupp tschechischer Kommunisten gekommen. Die unbewaffnete Kompanie war schon am Abend vorher auf unzweifelhaft reichsdeutschem Boden von den tschechischen Kommunisten belästigt und provoziert worden. Als die Kompanie am Sonntag früh auf einem parallel mit der Grenze 20 Meter diesseits der Grenze verlaufenden Wege marschierte, wurde sie

von den Tschechen mit schweren Steinen beworfen. Zur Abwehr des Angriffes stürzte sich eine Anzahl Soldaten mit ihren Spazierstöcken auf den tschechischen Trupp und trieb ihn über die Grenze zurück. Dadurch sind auch, was unverständlich war, einige der Soldaten auf einen Augenblick wenige Schritte über die Grenze gekommen. Einige bei dem Zusammenstoß leichtverletzte Tschechen konnten, nachdem sie verbunden waren, die Wanderung fortsetzen.

Arbeiter und Angestellte.

Hannover. (Landarbeiterstreik in der Provinz Hannover.) Im Kreise Springer in der Provinz Hannover ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Man befürchtet, daß der Streik auch auf die Kreise Stolzenau und Alenburg übergreift.

Magdeburg. (Beilegung der Lohnkämpfe im Mitteldeutschen Steinmetz- und Straßengewerbe.) Unter dem Vorwort des Magdeburger Oberbürgermeisters Weims fanden in Magdeburg Verhandlungen über die Beilegung des Lohnkampfes im Mitteldeutschen Steinmetz- und Straßengewerbe statt. Die Verhandlungen führten auch auf der Basis einer geringen Lohnerhöhung zu einer grundsätzlichen Einigung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Erklärungsfrist läuft am Sonnabend ab. Haben sich die Betriebsorganisationen der Bauarbeiter bis dahin mit den Einigungsverhandlungen einverstanden erklärt, so ist mit der Wiederaufnahme der Arbeit für den nächsten Montag zu rechnen.

Dresden. (Fortdauer des sächsischen Bauarbeiterstreiks.) Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe sind ergebnislos verlaufen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Zur Lohnfrage erklärten sie, daß ohne eine Lohnerhöhung der Streik nicht beigelegt werden könne.

Krefeld. (Die Lohnbewegung in der Krefelder Textilindustrie.) Die in Berlin geführten Schiedsgerichtsverhandlungen im Lohnkampf der Krefelder Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen. Eine Versammlung der Textilarbeiter wird sich mit dem ablehnenden Standpunkt der Textilindustriellen beschäftigen.

Elberfeld. (Der drohende Streik der rheinisch-westfälischen Gemeindegewerkschaften.) Bei der Abstimmung unter den Gemeindegewerkschaften von Rheinland und Westfalen haben sich 90 % für den Ausstand erklärt. Der staatliche Schlichter hat inzwischen eine Vermittlungssaktion unternommen und beide Parteien nach Dortmund eingeladen. Zu diesen Verhandlungen nahm auch die Konferenz in Offen Stellung. Die ursprüngliche Forderung einer 10 %igen Lohnerhöhung wurde auf 7 % herabgesetzt. Die Konferenz ermächtigte die Lohnkommission, einem befriedigenden Ergebnis der Dortmunder Verhandlungen zuzustimmen, aber am Donnerstag nachmittag noch eine Konferenz der Gemeindegewerkschaften nach Dortmund einzuberufen und in ihr gegebenenfalls für Freitag in ganz Rheinland und Westfalen den Ausstand zu verkünden.

Warschau. (Drohender Landarbeitergeneralstreik in Polen.) Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmern der polnischen Landwirtschaft wurden fortgesetzt, aber dann ergebnislos abgebrochen. Die Arbeitnehmer erklärten ihre Bedingungen für unüberwindlich und kündigten für den Fall der Nichtannahme ihrer Bedingungen den Generalstreik an.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein zweimal verurteilter Spion. Wegen Spionage wurde der Schneidermeister Karl Brüll zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Im vorigen Jahre erschien der Angeklagte, der wegen ähnlicher Delikte schon vorbestraft ist, in der französischen Botschaft in Berlin mit einem Begleiter, der sich für die Fremdenlegation anwerben lassen wollte, während Brüll sich erbot, deutsche Militärgeschäfte gegen Entgelt zu verraten. In der Verhandlung vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin gab der Angeklagte alles zu. Interessant ist, daß Brüll wegen seiner vorigen Straftat zweimal verurteilt wurde. Damals verriet er auch militärische Geheimnisse an die Franzosen und wurde in Deutschland zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er gab zur Verteidigung an, daß er das nur getan hätte, um französische Militärgeschäfte zu erfahren und an Deutschland zu verraten. Nach Verurteilung der Strafe erwischten ihn die Franzosen und verurteilten ihn zu fünf Jahren Zwangsarbeit.

Gerichtliche Darwin-Prozesse abgelehnt. Der Washingtoner Gerichtshof hat eine Prozeßführung gegen Lehrer, die gleich Scopes die Evolutionstheorie lehrten, mit der Begründung ab-

gelehnt, daß eine Abhängigkeit der Bibel durch die Darwinische Theorie nicht gegeben sei. Es verlautet, daß die Washingtoner Regierung die durch den Kassenprozeß geschaffene Sensation, die sich zu einem Kulturkampf auszuwickeln drohte, endgültig zu begraben bestrebt sei.

Börse und Handel.

Amstliche Berliner Notierungen vom 28. Juli.

* Börsenbericht. Die Haltung war etwas schwächer als am Vortage; zwar lagen nicht unerhebliche ausländische Orders vor, doch überragten die Abgaben der einheimischen Spekulationen. Namentlich der Monianmarkt büßte größtenteils die kürzlich erzielten Kursgewinne wieder ein. Allgemein konnte man eine gewisse Zurückhaltung beobachten. Es fehlte an Momenten, die eine bestimmte Tendenz hätten herauszubringen können. Auch auf dem Markt der inländischen Anleihen war das Geschäft äußerst ruhig. Am Geldmarkt erhöhte sich der Satz für tägliches Geld auf 8,50—10 %, monatliches Geld blieb 10,50—11,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,37—20,42; holl. Gulden 168,37—168,79; Danz. 80,95 bis 81,15; franz. Frank 19,82—19,86; belg. 19,37—19,41; schweiz. 81,42—81,62; Italien 15,32—15,36; schwed. Krone 112,66—112,94; dan. 97,18—97,42; norweg. 77,50 bis 77,70; tsch. 12,43—12,47.

* Butter. 1. Qualität 1,80 M., 2. Qualität 1,63 M., abfallende Qualität 1,43 M. für ein Pfund.

* Getreide- und Strohnotierungen (Erzeugerpreise) je 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Reichsmark): Quadratballen drahtgepr. Roggenstroh 0,90 bis 1,25, do. Haferstroh 0,75—1,00, do. Gerstenstroh 0,80—1,10, Roggenlangstroh 1,30—1,80, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,00—1,40, Gerstenstroh, drahtgepr. 0,50—0,90, Stroh 1,30—1,75, handelsübliches Heu 2,70—3,20, gutes Heu 3,40—4,00, Kleeheu, lose 4,25—4,75.

* Mitteldeutsche Güterauktion. Auf der in Kassel abgehaltenen Mitteldeutschen Güterauktion für das Hessische Gefälle erzielten Kalk- und Zementwerke bei lebhafter Kaufstimmung Preisaufschläge von 5 bis 8 %, vollwollige Schafwolle Preisaufschläge von 18 bis 20 %, halblange Schaf- und Hammelfelle 10 bis 12 % und Blößen durchweg 10 % gegenüber der Juniaktion. Es kamen 26.800 Großviehhäute und -felle zur Versteigerung. Die Stimmung auch für Großviehhäute blieb für die Versteigerer günstig.

* Produktbörse. Die Marktlage war überwiegend flau. Für die Abwicklung der Zulieferung sind noch größere Andienungen an Weizen, meist Austral- und Chile-Weizen, von Roggen, darunter vereinzelt neuer inländischer, und von Hafer und Mais erfolgt, und allgemein ist das begutachtete Material kontraktlich erklärt. Dies hat auf den laufenden Monat und vielleicht auch mit auf die Herbstmonate gedrückt. Mehr aber noch standen letztere unter dem Einfluß der Ungewißheit, ob die Zollentscheidungen hinausgeschoben werden oder nicht, weil die Verzögerung den Import von vergleichsweise billiger Augustware würde ermöglichen lassen. Die unbeständige Witterung hat manche Partien von Weizen und Roggen beschädigt und daher einige Frage für Auslandsgetreide seitens der Mühlen veranlaßt. Gerste war ruhig infolge großer Kaufverträge. Hafer in alter Ware matt, neuer noch wenig angeboten. Weizen sehr still, auch Futterartikel ruhig.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kilogramm, sonst je 100 Kilogramm in Reichsmark.

	28. 7.	27. 7.		28. 7.	27. 7.
Weiz., märk.	243-248	245-250	Weizl. f. Br.	13,6	13,5
kommerziell	—	—	Roggl. f. Br.	13,7	13,6-13,7
Roggen, märk.	193-197	198-202	Raps	350-355	345-350
kommerziell	—	—	Leinsaat	—	—
weizenpreuß.	—	—	Vikt.-Erbs.	27-35	27-33
Futtergerste	198-212	198-212	fl. Speiserbs.	25-27	25-26,5
Braugerste	187-195	187-195	Futtererbsen	23-26,5	23-26,5
Hafer, märk.	—	—	Beluschen	23-26,5	23-26,5
kommerziell	—	—	Niederböhnen	24-26	24-26
weizenpreuß.	—	—	Widen	26-28	26-28
Weizenmehl	—	—	Lupin., blaue	12-13,5	12-13,5
p. 100 Kil. fr.	—	—	Lupin., gelbe	15,0-16,5	15,0-16,5
fln. br. inf.	—	—	Sera-ella	—	—
Sad (feinst.)	—	—	Rapsfuchen	16,8-17	16,8-16,9
Mkt. a. Not.	33-35	33-35,2	Leinfuchen	23,4-23,5	23,2-23,4
Roggenmehl	—	—	Erbsenfuchl.	12-12,2	12-12,2
p. 100 Kil. fr.	—	—	vw. Judschn.	—	—
Berlin br.	—	—	Torfm. 30/70	9,7	9,7
infl. Sad	27,5-29,5	27,5-29,5	Kartoffelf.	26-26,2	26-26,2

Schriftleitung Wilt. Bell jr., Halver i. Westf.

Ein Beizer, ein Kaltwalzer

sowie ein jung. Bursche für die Bedienung der Putzmaschine können sofort oder in 14 Tagen eingestellt werden.

Walz- u. Drahtwerk Halver.

Neuheit!

Elektrische Haarschneidemaschine eingetroffen.

Heinr. Schulte, Herren- u. Damenfriseur Halver, Kirchplatz

Habe Donnerstag hochtragende

Rühe u. Kinder

Jakob Fischbach Weinerzhagen.

Donnerstag nachmittag erhalte ich

Rühe

W. Schoppmann, Linge.

Büstenkarten liefert schnellstens Druckerei Wilt. Bell jr.

Gemeinde Schalksmühle.

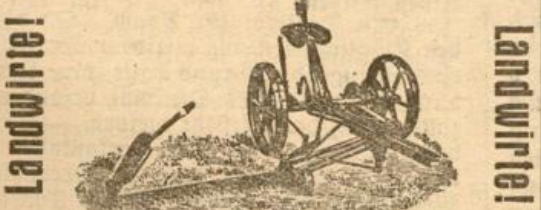
Müllabfuhr.

Unter Bezugnahme auf die in Lokalblättern erschienenen Bekanntmachungen über die Einrichtung einer Müllabfuhr in der Gemeinde Schalksmühle wird hiermit bekannt gegeben, daß mit der Müllabfuhr am Sonnabend, den 1. August d. J. begonnen wird. Die Abfuhr kommt auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 8. Mai 1925 erstweilen nur für den geschlossenen Ort Schalksmühle und die Ortschaft Nieder-Reeswinkel in Frage.

Alles nähere ist aus dem in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle stets einzufindenden Ortsgejetz nebst Gebührenordnung und der Polizeiverordnung zu ersehen.

Halver/Schalksmühle, 28. Juli 1925.

Der Amtmann Der Gemeindevorsteher
J. B. Becker Diergarten



Zur kommenden Saison empfehlen wir

Erntemaschinen wie Grasmäher (Orig. Massey-Harris, Krupp-Fahr, Lanz-Wery, Deutsche Werke etc.) Heu- wender schwere Ausführung, Pferde- rechnen mit T-Zinken, Vollautomat, sowie sämtliche übrigen Landmaschinen, Geräte und Ersatzteile.

Durch Waggonbezüge wirklich erstklassiger Maschinen sind wir in der Lage, günstigste Teilzahlungen evtl. bis zum Herbst gewähren zu können. Erntemaschinen werden auf Wunsch vorgeführt

Otto Haase & Co., Kierspe i. Westf. Telefon Amt Weinerzhagen 181.

Aufnahmen

für die Provinzial-Feuersozietät, Lebens-, Unfall-, Haftpflichtversicherung, Selbsthilfe etc. übernimmt

H. NOLTE,

Architekt und Geschäftsführer der Provinzial-Feuersozietät, Dahlebrück.

Zur Bade-Reise

empfehle ich in besonders geschmackvoller Ausführung

Bademäntel von 18.- an
Badetücher 130/185 u. 155/180 cm groß, weiß u. farbig von 12.- an
Kamelhaarreisedecken von 45.- an
Sportwesten von 18.- an

M. Mommer, Lüdenscheid, Wilhelmstraße 3.

Fahrräder

Nähmaschinen stets am Lager.

Reparaturen werden prompt und billigt ausgeführt.

Albert Vinnepe, Halver. Telefon 192.

la Woll- und Haarhüte

in allen Preislagen, Klappzylinder mit u. ohne Leder. Klub-, Flieger- und Sport-Mützen,

Bielefelder Oberhemden, Kragen, Vorhemden usw.

Regenschirme u. Spazierstöcke, — Normal- u. Mako-Wäsche

schwarz u. farbige Glacéhandschuhe für Damen und Herren.

Portemonnaies, Taschenspiegel,

Taschentücher usw.

Krawatten u. Seidenbinder.

Nur das Neueste.

Fr. Kattwinkel, Halver.



Transmissionsanlagen Holzriemscheiben

erstklassige Ausführung, in allen Dimensionen sofort oder schnellstens lieferbar. Großes Lager in Holzriemscheiben.

E. u. H. Eicker, Oberbrügge-Ehringhausen, Fernsprecher 159 Amt Halver.

Inferieren bringt Gewinn!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Halver u. Umg.

Am Freitag, d. 31. Juli

abends 8 Uhr

Versammlung

Der Vorstand.

Nachbarschaft Halver.

Am Samstag, 1. Aug.

abends 8 Uhr

Versammlung

bei Ewald Hedemann.

Der Vorstand.

Nähmaschinen

(Qualitätsware)

für Haushalt u. Gewerbe.

Teilzahlung von wöchentl.

3 Mk. an gestattet

Gebrauchte Maschinen

werden zurückgenommen

Zu erst. Vohstr. 7 1. Etage

Halver.

Wäsche-Körbe

Reise-Körbe

Reise-Taschen

Einhol-Körbe

usw. usw.

empfiehlt

Wilt. Bell jr. Halver.